Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17250 / Postscheckkonto Dresden Nr. 15553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Freitag, den 22. April 1927 — Nummer 93

Verstärkte Kriegsgefahr

Die Imperialisten besetzen die Sowjetbotschaft in Peking / Planmäßige Kriegsprovokation / Die englisch-französische Einigung gegen China

Berlin, 21. April. (TU.) Die Abendblätter geben eine Reutermeldung aus Peking wieder, wonach die Protokollmächte das russische Gesandtschaftsarsenal durch bewaffnete Posten haben besetzen lassen, nach dem amerikanische Seeleute, die über die Mauer geklettert waren, das geschlossene Tor von innen geöffnet hatten.

•

Nähere Meldungen besagen, daß während der Nacht das Gesandtschaftsgelände besetzt wurde. Die Besetzung wurde durchgeführt von englischen, amerikanischen, französischen und italienischen Marinesoldaten, welche das Gebäude in einen Verteidigungszustand versetzten und Stacheldraht um dasselbe spannen. Die Gesandtschaften der Vertragsmächte erklärten, das Gebäude sei ein wichtiger Bestandteil der Verteidigungslinie und die Besetzung werde bis auf weiteres aufrechterhalten.

•

Die imperialistischen Mächte verfolgen planmäßig ihre Aktion gegen die Sowjetunion. Die Sowjetunion, die bisher alle Provokationen abwehrte, soll weiter gereizt werden. Die Absichten dieses neuen Schandstreiches sind klar, die Imperialisten wollen die Spannung zwischen Rußland und der Pekingregierung verschärfen; die Imperialisten beschwören planmäßig verschärfte Konflikte herauf, um durch den Bruch zwischen Rußland und Peking in den Besitz der ostchinesischen Bahn zu gelangen. Das neue Vorgehen der Imperialisten in Peking zeigt aber wieder klar und deutlich, wohin die Pläne der Räuber gehen. Der Angriff auf die Sowjetunion soll eingeleitet, der europäische Frieden gestört, der Weltbrand entfacht werden.

Die ostchinesische Bahn soll den Imperialisten als strategische Aufmarschlinie gegen die Sowjetunion dienen. Schon einmal hatte die Bahn, in dem Interventionskriege, diese Aufgabe zu erfüllen.

Die Imperialisten, insbesondere die englischen Räuber, wollen den Krieg gegen Sowjetrußland jetzt mit aller Macht vom Zaune brechen.

In China haben sie, durch die Gewinnung Tschangkaischeks, die Stoßkraft der chinesischen Bewegung gegen die Imperialisten vorübergehend gehemmt. Sie wissen aber, die Bewegung wird neue Kraft bekommen. Deswegen wird jetzt der Stoß geführt gegen Hankau und gegen Moskau. England sendet ungeheure Truppenmassen gegen die Hankauregierung, die Vertragsmächte konzentrieren gegen die Revolutionsregierung ihre Flotte.

Diese neuen Vorstöße müssen ein Alarmruf für die gesamten arbeitenden Massen sein. Drohend erhebt der Krieg sein Haupt. Jetzt heißt es: bereit sein zur Abwehr. Inzwischen kommt eine weitere Mitteilung darüber, daß die Vertragsmächte eine schärfere Note an die Hankauregierung senden wollen, zugleich droht man von seiten der Imperialisten mit Sanktionen, wenn man wieder unbefriedigt antworten werde.

Wie die Vossische Zeitung meldet, hat die Pariser Regierung in London mitgeteilt, daß sie bereit sei, falls die zweite Note der Mächte an die Kantonregierung wieder unbefriedigt beantwortet werden sollte, sich an allen Sanktionsmaßnahmen zu beteiligen, die von den übrigen 4 Mächten beschlossen werden. Die Haltung der Pariser Regierung kommt einer vollkommenen Schwenkung gleich. Sie erklärt auch die Wendung der englischen Politik gegenüber Mussolini.

Die Einheitsfront der Imperialisten ist hergestellt. Die Einheitsfront der Arbeiter muß bereit sein, den Krieg gegen den Krieg aufzunehmen. Es ist höchste Gefahr. Stärker und lauter muß der Ruf erklingen:

Hände weg von China!

Hände weg von Sowjetrußland!

Offene Bankrotterklärung der SPD-Politik

„Grundsätzliche Oppositionspolitik" im ganzen Reich, das ist die Forderung, die heute von den „linken" sozialdemokratischen Führern unter dem Druck der Arbeiterschaft aufgestellt wird. Kampf jeder Koalition mit bürgerlichen Parteien, die erfahrungsgemäß nur zur Stärkung der diktatorischen Stellung der Bourgeoisie innerhalb der Republik wird. Schluß mit der Preußenkoalition, die seit Jahren zu keinerlei Erfolgen in sozialdemokratischem Sinne geführt hat. So oder ähnlich lauten alle Anträge und Resolutionen, die zurzeit von den „Linken", den verschiedenen Bezirksparteitagen der SPD vorgelegt und in Artikeln in der oppositionell eingestellten Presse vertreten werden. Die Rechten sind wütend, insbesondere deshalb, weil die Angriffe nach Ansicht des Vorwärtsredakteurs Schiff „ausgerechnet" von sächsischer Seite kommen. Schiff, der Redakteur des Rückwärts, meint, wenn die Sachsen auf dem Kieler Parteitag unbedingt eine Debatte über die Preußenkoalition haben wollen, dann werde man ihnen den Willen tun. Aber dann müßten die Sachsen gewärtig sein, daß man auch ihre sächsischen Schweinereien auf dem Parteitag in breiter Form aufrollen werde. Die Rechten versuchen also, mit Einschüchterungsmanövern zu operieren. Der Rückwärts-Redakteur meint, den „Linken" fehle es an „Willen zur Macht", und ruft damit den Führer der sächsischen „Linken" auf den Plan, den Sozialdemokraten Liebmann, der Schiff eine Rechnung über die letzten Jahre SPD-Politik aufmacht, die eine offene Bankrotterklärung darstellt, wie sie unseres Wissens aus sozialdemokratischem Munde bisher noch nicht gekommen ist.

Liebmann schreibt:

„Wenn die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Koalitionsregierung der „Wille zur Macht" ist, dann können wir aus den praktischen Erfahrungen der letzten Jahre ablesen, was aus dieser kärglichen Betätigung dieses Willens tatsächlich für das Proletariat im allgemeinen und für die Sozialdemokratie als Führerin des Proletariats im besonderen herausgekommen ist."

Liebmann unternimmt dann einen Streifzug durch die Politik der letzten Jahre, der sicherlich nicht vollkommen ist, der manche Stellungnahme der Sozialdemokratie deshalb nicht erwähnt, weil auch die „Linken" daran nicht ganz unbeteiligt sind. Seine Ausführungen sind aber trotzdem von Bedeutung, weil sie ersehen lassen, wieweit die „Linken" notgedrungenermaßen heute in ihrer Kritik der SPD-Politik gehen müssen, um die linkseingestellte sozialdemokratische Arbeiterschaft noch bei der Parteistange zu halten. Es ist ein Streifzug durch die Geschichte der sozialdemokratischen Politik der letzten Jahre, der gleichzeitig eine furchtbare Abrechnung mit den Theoretikern der „Porzellankisten-Politik" darstellt.

Liebmann schreibt:

„An „Willen zur Macht" durch Uebernahme von Regierungsposten hat es unsere Partei weder im Reiche noch in den Bundesstaaten fehlen lassen. Jahr und Tag haben die Staatsmänner in der Partei Gelegenheit gehabt, zu zeigen, was für das Proletariat herauskommt, wenn die Sozialdemokratie beherrscht wird von der Einstellung, daß der politische Machtwille die Partei zum Eintritt in eine Regierung zwingt.

Aus staatsmännischer Einsicht vermied es die Sozialdemokratie 1923 der Cuno-Regierung die Unterstützung zu versagen, „weil man nicht wußte, was hinterher kommen würde". Wie haben sich damals unsere Staatsmänner bemüht? Kein Porzellan zu zerschlagen! ... Noch am 8. August 1923 wurde von unserer Reichstagsfraktion abgelehnt, einen Mißtrauensantrag gegen Cuno einzubringen; ein paar Tage später war Cuno gestürzt, trotz unserer Reichstagsfraktion.

Dann zeigte die Sozialdemokratie ihren „Willen zur Macht" in den Kabinetten Stresemann. Es kam der Ausnahmezustand, angeblich gegen die bayrischen Putschisten, in Wirklichkeit gegen das sächsische und thüringische Proletariat! Es kamen die Ermächtigungsgesetze, es kamen jene Steuerverordnungen, mit ihrer unerhörten Belastung des Proletariats und mit den Steuergeschenken für die Besitzenden.

Die Sozialdemokratie hatte bei all diesen Gelegenheiten nur zu oft vergessen, ihr sozialistisches Ziel und ihre Aufgabe, die Wahrnehmung der proletarischen Interessen, in den Vordergrund zu stellen. Dafür bekam unsere Partei bei den Maiwahlen 1924 die Quittung. Zwei Drittel der Reichstagsmandate gingen verloren, die Sozialdemokratie wurde auf den Stand von vor 1890 zurückgeworfen! ... Dann die Reichspräsidentenwahl! Die Sozialdemokratie mit 8 Millionen Stimmen im ersten Wahlgang; dann Kapitulation vor dem Zentrumskandidaten Marx, die besondere Art des „Willens zur Macht" spielte der Sozialdemokratie wieder einen bösen Streich. Hinterher — nach dem Zentrumsparteitag in Kassel — stellten selbst die Demokraten fest: „Wenn wir gewußt hätten, wie Dr. Marx wirklich aussieht, dann wäre er niemals Gemeinschaftskandidat für die Präsidentenwahl geworden. Das war die — allerdings etwas verspätete — Erkenntnis der Demokraten! Glaubt heute noch einer von den Anhängern der Porzellankistentheorie, daß Dr. Marx gegenüber Hindenburg das kleinere Uebel ist?

Eine andere Gelegenheit, den „Willen zur Macht" zu betätigen, war der Volksentscheid! Wieviel staatsmännische Bedenken mußten damals nicht erst von den Massen der Parteigenossen beiseite geschoben werden! Der Erfolg hat denen recht gegeben, die sich nicht zu Porzellanhütern berufen fühlten."

Der Rätekongreß billigt die Politik der Arbeiter- und Bauernregierung

Moskau, den 20. April 1927.

Nach Entgegennahme des Schlußwortes des Genossen Rykow nahm der Rätekongreß einstimmig nachstehenden Beschluß an:

Der Vierte Rätekongreß der Sowjetunion, der den Bericht des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Rykow, entgegengenommen und besprochen hat, billigt voll und ganz die Tätigkeit der Regierung und deren weiteres politisches und wirtschaftliches Programm.

Zugleich stellt der Kongreß fest, daß die Tätigkeit der Regierung, die die Entwicklung und Festigung der Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern anstrebte, infolge der wachsenden Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion von seiten der Regierungen einiger kapitalistischer Länder sehr erschwert wurde. Die Ursache dieser wachsenden Feindseligkeit erblickt der Kongreß darin, daß die Tatsache des Bestehens des Staates der Werktätigen, der erfolgreich den Sozialismus aufbaut und jegliche nationale Unterdrückung und Vergewaltigung ablehnt, die Positionen der Weltbourgeoisie gegenüber der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiterklasse und den Völkern der Kolonialländer immer weiter schwächt.

Der Kongreß lenkt mit Besorgnis die Aufmerksamkeit aller Werktätigen auf die überaus rasche Verschärfung des aggressiven Verhaltens der Weltbourgeoisie gegenüber der Sowjetunion in der letzten Zeit. Die höchst sonderbare britische „Maxungs"-Note und die unerhört freche, in der Geschichte der internationalen Beziehungen präzedenzlos dastehende Gewaltat gegenüber den Organen der diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion in Peking und Schanghai, die in offen provokatorischer Absicht verübt wurde, zwingen die Sowjetunion zur Wachsamkeit. Der Kongreß beauftragt die Regierung, bereit zu sein, jegliche erneute Versuche, die Sowjetunion zu irgendeinem Krieg herauszufordern, abzuwehren und alles mögliche zur Abwendung eines Krieges zu tun.

Der Kongreß warnt die ganze Welt, daß die Politik der internationalen Bourgeoisie gegenüber der Sowjetunion und der Kampf, den die imperialistischen Länder gegen die nationale Freiheitsbewegung der Arbeiter und Bauern Chinas führen, mit den Gefahren eines neuen Weltkrieges droht.

Der Kongreß spricht der nationalen Freiheitsbewegung des Volkes Chinas seine Sympathie aus und billigt voll und ganz die Politik der Regierung der Sowjetunion gegenüber China, die auf Anerkennung der vollständigen Souveränität Chinas, auf den Grundsätzen der Gleichheit und auf dem völligen Verzicht der Sowjetunion auf die besonderen Vorrechte, die die Russländer in China genießen, beruht.

Der Kongreß lenkt die Aufmerksamkeit der Völker der ganzen Welt auf die unzweifelhafte Tatsache,

daß die Sowjetunion der einzige Staat in der Welt ist, der eine direkt und offen den Interessen der ganzen Menschheit entsprechende konsequente Friedenspolitik betreibt.

Indem der Kongreß diese Friedenspolitik vollkommen billigt, beauftragt er die Regierung der Sowjetunion, sie auch fernerhin unentwegt durchzuführen und die Herstellung und Festigung freundschaftlicher Beziehungen mit den ausländischen Staaten anzustreben. Der Kongreß stellt mit Befriedigung fest, daß diese Bestrebungen der Sowjetunion in einigen Staaten Widerhall finden, wobei der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit diesen Staaten in beredtester Weise von der Richtigkeit dieser Politik Zeugnis ablegt.

Der Kongreß billigt voll und ganz die Maßnahmen der Regierung, die auf die Industrialisierung des Landes hinzielen, und ist der Ansicht, daß die Industrialisierungspolitik sich in der seit dem Dritten Rätekongreß der Sowjetunion verflossenen Zeitspanne als vollkommen richtig erwiesen hat. Der Kongreß stellt fest, daß das Ergebnis dieser Politik eine erhebliche Festigung der Basis des sozialistischen Aufbaues des Landes war, was im raschen Anwachsen der staatlichen Großindustrie, im verstärkten Ausbau der Industriezweige, die Produktionsmittel erzeugen, im ständigen zahlenmäßigen Anwachsen der Arbeiterklasse und in der Besserung ihrer materiellen Lage, in der Vergesellschaftlichung des Warenverkehrs, in der Verdrängung des Privatkapitals aus seinen Wirtschaftspositionen, in der verstärkten genossenschaftlichen Organisierung der Bevölkerung und schließlich im Prozeß der Intensivierung und Nationalisierung der Landwirtschaft zum Ausdruck kommt.

Der Kongreß stellt fest, daß alle diese Errungenschaften infolge der Maßnahmen der Regierung zur Festigung des wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Stadt und Land möglich waren, insbesondere infolge der Maßnahmen, die auf die Herabsetzung der Preise der Industrieerzeugnisse, auf die Verringerung der Steuerlast der unbemittelten Bauern und der Mittelbauern, auf die Entfaltung des landwirtschaftlichen Kreditsystems usw. hinzielten.

Der Kongreß billigt die Tätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Anregung der Arbeit der Sowjets und der Heranziehung der breiten Massen der Werktätigen zu dieser Arbeit. Der Kongreß stellt mit besonderer Genugtuung den Erfolg der letzten Wahlkampagne zu den Sowjets fest, die die beträchtlich gesteigerte Aktivität der Arbeiter und der Bauern beim sozialistischen Aufbauwerke des Landes klarstellte.

Der Kongreß billigt die Tätigkeit der Regierung in bezug auf die Durchführung der Weisungen des letzten Kongresses auf dem Gebiete der nationalen Politik. Insbesondere hebt der Kongreß die Festigung der materiellen Basis des staatlichen Aufbaues der verbündeten und autonomen Republiken und Gebiete, die Erweiterung ihrer Budgetrechte und die Erhöhung der von der Sowjetunion ausgezahlten Beträge für wenigbemittelte nationale Etats hervor. Die Durchführung dieser Maßnahmen hat den planmäßigen ökonomischen Aufstieg der wirtschaftlich zurückgebliebenen Völker der Sowjetunion neben der weiteren Entwicklung ihres kulturellen und sozialen Lebens gesichert.

SLUB
Wir führen Wissen.